

**BUND Kreisverband Gießen e.V.**  
An der Seemühle 7  
35 435 Wettenberg  
Tel: 0641 – 4941 1523  
info@bund-giessen.de

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



**www.bund-giessen.de**

## **NEWSLETTER August 2009**

Liebe BUND-Mitglieder. Ihr Kreisverband macht auch im Jahr 2009 mit dem erfolgreichen Team im BUND-Vorstand weiter.

Wichtig für unsere aktuelle Jahresplanung werden die Fortführung unserer Initiative „gentechnikfreie Region Landkreis Gießen“ mit verschiedenen landwirtschaftlichen Verbänden sein.

Hier steht es, auch Dank aller gentechnikfreien Initiativen, eins zu null für Umwelt- und Naturschützer: Die Aussaat des Gen-Maises Mon 810 der Firma Monsanto ist in Deutschland verboten worden. Gegen den Gen-Mais spricht viel. Er enthält ein spezifisches Insektengift, das im Verdacht steht, auch Schmetterlinge, Marienkäfer und Wasserorganismen zu gefährden. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bedroht die Imkerei, die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Keiner will – und keiner braucht! – Gentechnik auf dem Feld. Monsanto klagt, jetzt entscheidet ein Gericht. Das heißt dranbleiben und Druck machen.

**Beteiligen und unterstützen Sie uns auch weiterhin unter**

**[www.gentechnikfreie-region-giessen.de](http://www.gentechnikfreie-region-giessen.de)**

Ein weiterer Fokus muss auf der Begeisterung neuer BUND-Mitglieder im Landkreis Gießen liegen, da unsere Mitgliedszahlen seit 5 Jahren stagnierend sind und wir für unsere erfolgreiche Arbeit auf ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Mitgliedsbeiträge angewiesen sind.

**Hiermit verbunden ist also die wichtige Bitte an Sie:**

**WERBEN SIE NEUE MITGLIEDER FÜR DEN BUND, DAMIT WIR UNSERE ERFOLGREICHE ARBEIT FÜR DIE UMWELT VOR ORT WEITERFÜHREN KÖNNEN !**

**Im Anhang liegt ein Kurzportrait des BUND-Kreisverbandes bei, das zur Neuwerbung an Interessierte weitergegeben werden kann (und sollte !).**

**Außerdem kann jede(r) online einen Mitgliedsantrag und folgendem link ausfüllen und dem BUND beitreten**

**<https://www.bund.net/formular/index.php?f=mitglied>**

Einzelmitglied jährlich 50 €, Familien 65 €, Schüler/innen, Student/innen, Azubis und Erwerbslose 16 €. Bei Fragen erreichen Sie unseren Mitgliederservice beim Bundesverband in Berlin unter 030 / 275 86 479 oder über [mitgliederservice@bund.net](mailto:mitgliederservice@bund.net).

Auf ein Wiedersehen bei einem der nächsten Monatstreffen freut sich Ihr neuer Kreisvorstand

Andrea Hager, Gerd Jachimsky und Martin Krauss



Auch der Arbeitskreis Leben nach Tschernobyl in der Evang. Kirchengemeinde Langgöns unterstützt diese Demonstration und hat mit attac eine Busfahrt nach Berlin organisiert:

**Abfahrt am Samstag, den 05.09.2009, 06:00 Uhr, Ringalle-Messeplatz, Gießen.**

Rückfahrt von Berlin: 1 Stunde nach Ende der Demo. Im Bus können 48 Personen mitfahren.

Preise: 20,- € ermäßigt, 30,- € Normalpreis, 40,- € mit Soli-Zuschlag für Leute, die helfen können und wollen. Sonderpreis unter 20,-€ ist im berechtigten Bedarfsfall möglich.

---

**Wer nicht nach Berlin kommt, sollte hier online das BUND-Manifest "Atomkraft abwählen!" unterschreiben:**

<http://www.bund.net/?id=3822>

**Machen wir den Weg frei – Atommanifest zur Bundestagswahl**

Am 27. September wird ein Bundestag für vier Jahre gewählt und über Jahrtausende entschieden: Werden in den nächsten vier Jahren sieben Atomkraftwerke vom Netz genommen? Oder setzen sich die Stromkonzerne durch, die allein Millionengewinne im Auge haben, die sie jährlich pro Atomkraftwerk verdienen möchten?

Machen wir gemeinsam den Weg frei für zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik. Wählen wir Atomkraft ab!

Nach dem Eintragen des Namens auf der BUND-Internetseite müssen Sie noch Ihre Unterschrift aktivieren!

Sie erhalten eine E-Mail an die von Ihnen angegebene Adresse. Bitte aktivieren Sie den darin enthaltenen Bestätigungslink. **Erst dann werden Sie als UnterzeichnerIn des Aufrufs gezählt.** Mit diesem Verfahren vermeiden wir, dass unbefugte Dritte den Aufruf mit Ihrer Adressangabe unterschreiben. (Falls Sie diese Bestätigungsmail nicht erhalten sollten, schauen Sie bitte auch im Spam-Ordner Ihres E-Mail-Postfachs nach.)

---

**Auch am 23. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe gilt:**

**Die Risiken der Atomkraftnutzung sind nicht verantwortbar  
Super-GAU- und Terrorgefahren, Krebsrisiko für Kinder, Atommüllberge ohne  
Endlager  
– BUND fordert endgültige Stilllegung des AKW Biblis**

*Pressemitteilung, 24. April 2009*

Auch nach 23 Jahren sollte nach Auffassung des hessischen Landesverbandes des BUND der Super-GAU von Tschernobyl mit seinen schrecklichen Folgen für die betroffenen Menschen für alle Politiker Mahnung genug sein, der Bevölkerung nicht länger die Risiken der Atomkraftnutzung aufzubürden.

Herwig Winter, BUND-Vorstandssprecher: „Angesichts der Super-GAU- und Terrorgefahren, der fehlenden Endlagerungsmöglichkeit von Jahrtausende lang strahlendem und extrem gefährlichen Atommüll sowie der Krebserkrankungsgefahr für Kinder in der Nähe von Atomkraftwerken ist es unverantwortlich, wenn Politiker nach wie vor die Atomkraftnutzung befürworten und sogar eine Laufzeitverlängerung für die in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke fordern.“

Der BUND verweist auf aktuelle Berichte, nach denen in der Nähe des AKW Krümmel mindestens ein weiteres Kind an Leukämie erkrankt ist und bewertet dies als erneutes schreckliches Zeichen für die Gefährdung, die von Atomkraftwerken schon im Alltagsbetrieb ausgeht.

Der BUND kritisiert die hessische Landesregierung, die mit ihrem Eintreten für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke A und B in Biblis sich allein die wirtschaftlichen Interessen von RWE zu eigen macht.

Denn nach einem Bericht der „Rheinischen Post“ vom Freitag sprechen sich laut einer noch unveröffentlichten Forsa-Umfrage zwei Drittel der Bundesbürger für die Beibehaltung oder eine Verschärfung des Atomausstiegs aus. Fast 60 Prozent der Deutschen würden in der Atomkraft eine sehr große oder große Gefahr für sich und ihre Familien sehen.

Herwig Winter: „Die Mehrheit der Bevölkerung will die Atomkraftnutzung nicht. Wann endlich nimmt Ministerpräsident Koch dieses Votum der Bevölkerung ernst? Das AKW Biblis muss endgültig stillgelegt werden. Es darf nach der aktuellen Revision, die nach Aussage des Kraftwerksleiters letztlich taktisch motiviert ist, um die Restlaufzeit von Biblis A über die Bundestagswahl hinaus zu verzögern, nicht wieder ans Netz gehen.“

Weder für eine zukunftsfähige Energieversorgung noch für den weltweiten Klimaschutz ist nach Überzeugung des BUND die Atomkraft nötig. Im Gegenteil, eine längere Laufzeit für die Atomkraftwerke würde nur den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen, deren forcierter Ausbau in Verbindung mit Energiesparen und einer effizienteren Nutzung von Energie der einzig sinnvolle Weg für mehr Klimaschutz und weniger Abhängigkeit von Energieimporten ist.

---

Pressemitteilung vom 6. August 2009

## **BUND-Studie: Laufzeitverlängerungen von AKW erhöhen Störfallrisiko massiv. BUND fordert sofortiges Abschalten der ältesten Atomkraftwerke**

Berlin: Nach einer heute veröffentlichten Studie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) erhöhen längere Laufzeiten für alte Atomkraftwerke deutlich das Störfallrisiko. Betroffen seien besonders die Atomkraftwerke Brunsbüttel, Isar 1, Philippsburg 1, Krümmel, Neckarwestheim, Unterweser, Biblis A und Biblis B. Diese Reaktoren erfüllten nicht die modernen Sicherheitsstandards, auch dann nicht, wenn sie nachgerüstet würden. Alterungseffekte wie Materialverschleiß seien kaum zu kontrollieren und ein massives Sicherheitsproblem. Die Forderung von CDU, CSU und FDP nach Laufzeitverlängerungen gerade für die störanfälligen Reaktoren bezeichnete der BUND als Skandal.

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND: „Es ist unverantwortlich, dass CDU, CSU und FDP gerade für die ältesten und unsichersten Reaktoren längere Laufzeiten fordern, die aus heutiger

Sicht aus Sicherheitsgründen überhaupt nicht mehr zugelassen würden. Mit ihrer Forderung nach einem Ausstieg aus dem Atomausstieg setzten die Unionsparteien und die FDP die Bevölkerung einem untragbaren Risiko aus.“ Der BUND forderte die sofortige Stilllegung der acht ältesten Atomkraftwerke ohne dafür neuere AKW länger laufen zu lassen.

Die Altreaktoren haben laut der BUND-Studie z. T. nur eine Drittel der Wandstärke wie modernerer Reaktoren und wiesen eine unzureichende Notstromversorgung auf. Dadurch seien Reaktoren wie Biblis A oder Brunsbüttel deutlich schlechter gegen Außeneinwirkungen wie Flugzeugabstürze oder Terroranschläge oder gegen Kurzschlüsse geschützt. Auch sei bei den alten AKW die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Rissen und Kühlmittelverlusten höher. Nachrüstungsmaßnahmen hätten die Sicherheit bisher nicht erhöhen können.

Oda Becker, Physikerin und Autorin der Studie: „Die Sicherheitsstandards der alten AKW werden bereits bei der Bauplanung festgelegt und können nicht mehr verbessert werden. Zwar sprechen die AKW-Betreiber gerne davon, dass ihre Reaktoren auf den neusten Sicherheitsstandard nachgerüstet werden. Doch die Realität sieht anders aus. Und auch wenn Nachrüstungen im Einzelfall möglich sind, erreichen sie nicht den Stand von Wissenschaft und Technik. In der Regel erfolgen die Nachrüstungen sehr schleppend und sind zum Teil fehlerhaft. Oft werden sie unterlassen, weil sie den Betreibern schlicht zu teuer sind.“

Noch weitgehend unerforscht und schwer beherrschbar seien die Risiken durch Alterungsprozesse. Zum Teil würden Mängel wie Risse, Materialermüdungen oder Veränderungen elektrischer und anderer physikalischer Eigenschaften schon seit längerem bestehen und nur rein zufällig entdeckt. Es müsse davon ausgegangen werden, dass auch zurzeit nicht alle bestehenden Fehler in deutschen Atomkraftwerken bekannt seien, sondern erst bei einem Störfall bemerkt würden.

Thorben Becker, BUND-Atomexperte: „In deutschen Atomkraftwerken ist eine starke Häufung von altersbedingten Schäden zu beobachten. Deshalb steigt das Risiko mit dem Betriebsalter der Atomkraftwerke sprunghaft an. Wenn es zu Laufzeitverlängerungen kommt, wird es auch immer mehr Störfälle wie Leckagen, Risse oder Kurzschlüsse geben.“

Alte Atomkraftwerke erforderten daher eine besonders sorgfältige, an der Sicherheit des Kraftwerks ausgerichtete Betriebsführung. Aber nicht nur in den von Vattenfall betriebenen Anlagen Krümmel und Brunsbüttel seien Störfälle durch eine mangelhafte Sicherheitskultur verursacht worden, sondern auch in anderen Altanlagen. Gerade bei alten Atomkraftwerken sei es besonders gefährlich, wenn die Betreiber Profit vor Sicherheit stellten. Deshalb müssten die Betreiber gezwungen werden, ihre alten AKW schnell vom Netz zu nehmen.

**Die BUND-Studie „Gefahr durch Laufzeitverlängerungen“** von der Diplom-Physikerin und Atomexpertin Oda Becker finden Sie im Internet unter

[http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/atomkraft/20090806\\_atomkraft\\_studie\\_laufzeitverlaengerungen.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/atomkraft/20090806_atomkraft_studie_laufzeitverlaengerungen.pdf)

## **2. Jahresbroschüre zeigt vielfältige Aktivitäten des BUND in Hessen**

Ob beim Schutz für Wanderfalken durch Brutkastenpflege in einem Kirchturm in Viernheim oder beim Bau eines „Insektenhotels“ in Frankfurt, ob bei der Kartierung von Streuobstwiesen in ganz Hessen oder durch tatkräftige Mitarbeit beim Amphibienschutz in Bensheim, viele BUND-Mitglieder engagierten sich für die Bewahrung der Natur in Hessen, um die es sonst deutlich schlechter bestellt wäre.

Mit Infoständen bei Burgfesten und auf Messen, mit Spaziergängen für Naturschutz und sanftem Tourismus oder mit der Kindergruppe der Natur auf der Spur – BUND-Aktive zeigten, was es in der Natur zu entdecken gibt und gaben Tipps für alle, die selbst etwas für Natur und Umwelt tun wollen.

Doch auch die Geselligkeit und das Gemeinschaftserlebnis kamen nicht zu kurz: Zur humorvollen und geistreichen Unterhaltung beim amüsanten Nostalgie-Kabarett lud der Ortsverband Runkel ein, 500 Jahre alte Eichen im Reinhardswald waren das Ziel einer geführten Wanderung des Ortsverbandes Schwalm-Eder-Süd.

Mehr als 40 jugendliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten viel Spaß beim 8-tägigen Eine-Erde-Camp der BUNDjugend in der Burgruine Lißberg. Auch der Wettbewerb Naturtage- buch für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren fand wieder großen Zuspruch. 36 Kinder reichten ihre in einem Buch festgehaltenen Entdeckungen und Beobachtungen ein.

Der Schutz der bedrohten Wildkatze war auch in 2008 ein wichtiges Thema. Besonders beliebt war der „Wildkatzentag“ beim 150jährigen Jubiläum des Frankfurter Zoos. Die vielen Besucherinnen und Besucher konnten sich am BUND-Infostand ausführlich über die Schutzkampagne informieren.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre unseres Jahresberichtes 2008.

**Jahresbericht (pdf, 2,6 MB) runterladen:**

[http://www.bund-hessen.de/dokument/BUNDaktiv\\_2008.pdf](http://www.bund-hessen.de/dokument/BUNDaktiv_2008.pdf)

## **3. Jahreshauptversammlung 2009 des BUND Kreisverband Gießen**

### **Protokoll der Jahreshauptversammlung 2009 des BUND Kreisverband Gießen**

**vom Dienstag, 3. März 2009, 20.00 – 22.30 Uhr,  
Kongresshalle Gießen, Berliner Platz, Winchester-Zimmer**

#### **Tagesordnung**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Jahresbericht des Sprecherteams, Bericht aus den Gremien/Arbeitsgruppen
3. Wahl der Sprecherinnen/Sprecher für den Kreisverband Gießen
4. Aufstellung der Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung
5. Schwerpunkte 2009: Vortragsreihen, z.B. zukünftige Energieversorgung; Vorschläge der Teilnehmenden

## **1. Eröffnung und Begrüßung**

Gerd Jachimsky begrüßt die 15 Anwesenden und erläutert die Tagesordnung.

## **2. Jahresbericht des Sprecherteams, Bericht aus den Gremien und Arbeitsgruppen**

- 2.1 Gerd Jachimsky berichtet über den letztjährigen Landschaftspflegeeinsatz für die Landschaftspflegevereinigung Gießen. Es wurden wie in 2007 auch Streuobstbestände am Judenberg in Allendorf-Gießen beschnitten und die Entlohnung dem Kreisverband gespendet. Ganz besonders wurde Albrecht Gagsch für seinen Einsatz gedankt.
- 2.2 Der BUND Landesverband Hessen führt Streuobstkartierungen in ganz Hessen durch. Es wurde diskutiert, ob man die NABU-Kartierung für den LK GI aus den 90er Jahren aktualisieren sollte.
- 2.3 Andrea Hager gab einen kurzen Überblick über ihre Mitarbeit im Kreisnaturschutzbeirat. Bei 5 Terminen wurden in diesem Gremium, das von der Unteren Naturschutzbehörde bei größeren Eingriffen in die Natur beteiligt wird, Bauprojekte wie der 4 ha große Photovoltaik-Solarpark Hungen und die Ortsumgehung Reiskirchen besprochen. Weiterhin werde die Buchserie „Naturschutz in Hessen“ durch einen fünften Band über Schutzgebiete in den Landkreisen Gießen, Marburg-Biedenkopf und Lahn-Dill informieren.
- 2.4 Andrea Malkmus berichtete aus dem Stadtnaturschutzbeirat Gießen, dessen Hauptthemen 2008 die Nachnutzung des US-Depots Wieseck-Aue (tlw. als Gewerbegebiet, tlw. Naturschutz) und ein Wildkatzentotfund am Hangelstein auf dem Giessener Ring waren. Weiterhin gab Andrea einen Überblick über die Mitarbeit des BUND beim Landschaftspflegeverband LK Gießen mit 2 Sitzungen und der Planung eines Grünlandnutzungskonzeptes durch die LEADER-Förderung des IREK.
- 2.5 Sven Kunze gab einen Geschäftsbericht der Kreisgeschäftsstelle ab:
  - Für die vom BUND Kreisverband initiierte „Gentechnikfreie Region Gießen“ (GFR) wurde eine Homepage unter [www.gentechnikfreie-region-giessen.de](http://www.gentechnikfreie-region-giessen.de) eingerichtet. Einem erfolgreichen Gründungstreffen in Lich-Eberstadt mit Einladungen an Ortslandwirte, dem Kreisbauernverband, Bioland Hessen und Direktvermarktervereinigung hessen folgten diverse Vorträge zur grünen Gentechnik und ihren Risiken, ein Hoffest mit dem kanadischen Farmer und Gentechnikopfer Percy Schmeiser sowie Informationen über die gentechnikfreie Region bei der Politik.
  - Beim IREK Integrierten Regionalen Entwicklungskonzept für den Landkreis und dem Verein Giessener Land wurde intensiv auf 5 Arbeitstreffen mitgearbeitet und Fördermöglichkeiten für die GFR ausgelotet.
  - Großen Raum übernahm die administrative Arbeit für den Kreisverband in Form von Pressemitteilungen, Einladungen, newsletter, Vorträgen und Stellungnahmen sowie die alltägliche Mitgliederbetreuung.
  - Diskutiert wurde die Möglichkeit, mit dem VCD und dem ADFC eine gemeinsame Geschäftsstelle einzurichten, um Synergien zu nutzen und Gelder einzusparen.
- 2.6 Die Kindergruppe „Naturpiraten“, die mit dem BDP Bund dt. Pfadfinder Donnerstags um 15.30 Uhr auf einem Lahngrundstück 10-12 Jungs die Möglichkeit des Spielens und der Naturerfahrung gibt, wurde von Mercedes Bindhardt vorgestellt. Hier wurde auch eine Naturschutz-Schul-AG an der „Brüder-Grimm-Schule“ gegründet.
- 2.7 Aus der BUND Hessen- Jugendgruppe „BUNDjugend“ und ihren diversen, gemeinsamen Aktionen und Reisen (u.a. Naturtagebuch) berichtete Jugendbildungsreferentin Sabine Wolters. Weiterhin existiert eine Studenten-Hochschulgruppe aus 7 Personen und gemeinsam mit dem Ausländerbeirat wurde der „Dialoggarten“ interkulturell durchgeführt.
- 2.8 Andrea Hager stellte den Kassenbericht vor, der erfreulicherweise im Jahr 2008 einen Mitgliederzuwachs von 8 Personen auf 384 zu verzeichnen hatte. Je 1/3 der Einnahme-

Anteile des Kreisverbandes kommen aus der LPV-Streuobstpflge, Mitgliedsbeiträgen und der Kreisbeihilfe. Größte Ausgabenposten sind Vortrags- und Geschäftsführungshonorare.

### **3. Wahl der Sprecherinnen/Sprecher für den Kreisverband Gießen**

Als Sprecher/Innen wurden die Andrea Hager, Gerd Jachimsky und Martin Krauss vom Vorjahr einstimmig bestätigt.

### **4. Aufstellung der Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung**

Zur Landesdelegiertenversammlung am 21. März in Frft.-Griesheim werden Stefan Henrich, Andrea Malkmus, Martin Krauß, Gerd Jachimsky, Erich Bayer, Sabine Wolters vom Vorjahr einstimmig bestätigt.

### **5. Schwerpunkte 2009: Vortragsreihen, z.B. zukünftige Energieversorgung; Vorschläge der Teilnehmenden**

Vorschläge der Teilnehmer für 2009 sind.

1. Amphibienheft des BUND bestellen und verteilen,
2. Exkursionen in Wieseck-Aue, Übungsplatz Hohe Warte (Windenergienutzung+ Naturerbeantrag HGON), Windpark Ulrichstein mit Erneuerbarer-Energie-Ausstellung, Windpark Rabenau
3. Vorträge Energieeffizienz (OVAG, Prof. Ackermann, Stadtwerke), Erneuerbare Energien, Elektroauto, etc.
4. Radtour mit ADFC
5. Aufstellen von Wahlprüfsteinen zur Bürgermeisterwahl Gießen
6. Stellungnahme zur europ. Wasserrahmenrichtlinie im Einzugsgebiet der Lahn, bis zum 22. Juni bei der Oberen Wasserbehörde

## **Gentechnikfreie Region Kreis Gießen begrüßt Aussaatverbot von gentechnisch verändertem Mais**

Das Aussaatverbot von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gegen genetisch verändertes Mais-Saatgut Monsanto 810 ist eine von weiten Teilen der Verbraucher getragene Entscheidung.

Für die Initiative "Gentechnikfreie Region Kreis Gießen" ist dies eine Entscheidung, die schon viel früher hätte fallen müssen.

Die Initiative aus lokalen Landwirten, Bioland Hessen, der Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter (VHD) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz BUND Gießen arbeitet gemeinsam daran, eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion im Landkreis Gießen zu erhalten.

Die Initiative "Gentechnikfreie Region Kreis Gießen" hat bereits über 40 Zusagen von Landwirten, auf über 2.800 Hektar gentechnikfrei zu wirtschaften. Um eine vertrauensvolle Grundlage für diese Entscheidung eines jeden Landwirtes im Landkreis Gießen zu schaffen, braucht die Initiative starke Partner, die ein gentechnikfreies Umfeld befürworten.

Die Initiative fordert den Kreistag, alle Kommunen im Landkreis und den Bauernverband Gießen/Wetzlar/Dill auf, die Aktivitäten des Forums gentechnikfreie Region Landkreis Gießen zu unterstützen.

"Die heimische Landwirtschaft, das lebensmittelverarbeitende Gewerbe, die Gastronomie und der Lebensmittelhandel, die sich für eine gentechnikfreie Produktion von Lebensmitteln einsetzen und regionale, gentechnikfreie Produkte anbieten, werden stark von der Abneigung der Verbraucher gegen Gentechnik im Essen profitieren", meint Martin Krauß als Vorstandsmitglied. "Der BUND Gießen ist sich sicher, dass auch in der mittelhessischen Politik die Zeichen der Bundesregierung zur Gentechnik-Ablehnung erkannt werden.

Einige Handlungsmöglichkeiten zur Förderung einer gentechnikfreien Landwirtschaft hätte die Initiative "Gentechnikfreie Region Kreis Gießen" parat:

- Der Landkreis/die Gemeinden sollten alle Landwirte und Verpächter unterstützen, auf ihrer Gemarkung die Einrichtung einer freiwillig vereinbarten gentechnikfreien Region zu prüfen.
- Kreiseigene/kommunale Flächen sollten zukünftig ausschließlich an gentechnikfrei wirtschaftende Betriebe neu verpachtet werden.
- Weiterhin sollten in kommunalen und kreiseigenen Kantinen, Schul- und Kindergartenspeisungen nur noch gentechnikfrei-zertifizierte Lebensmittel ausgegeben werden.

Mit Unverständnis mussten Bioland Hessen, Hessische Direktvermarkter und BUND Gießen zur Kenntnis nehmen, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt des Kreistages es abgelehnt hat, sich über das Anliegen der Initiative "Gentechnikfreie Region Kreis Gießen" zu informieren.

" Obwohl das Thema Gentechnik bundesweit Schlagzeilen macht, wir vom Ältestenrat und vom Kreistagsvorsitzenden eindeutig Zustimmung erhielten und die Terminzusage bereits 2 Wochen feststand, wurden wir 1 Tag vorher wieder ausgeladen", wundert sich Krauß, nicht ohne Ärger.

**Nähere Informationen zu Gefahren der Gentechnik: [www.gentechnikfreie-region-giessen.de](http://www.gentechnikfreie-region-giessen.de)**

## **BUND begrüßt einheitliches „ohne Gentechnik“-Siegel. Handel muss Blockade aufgeben**



Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßte das heute von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner vorgestellte offizielle „ohne Gentechnik“- Siegel und fordert eine Informationskampagne des Ministeriums, um es bekannter zu machen. Das einheitliche Siegel steigere die Wiedererkennbarkeit bei den Verbrauchern und erhöhe den Druck auf Hersteller und Händler, die seit Mai 2008 mögliche Kennzeichnung endlich umfassend einzusetzen. Bisher

nutzten nur wenige Händler die freiwillige „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung, so etwa Tegut aus Hessen und der Molkereikonzern FrieslandCampina. Campina verzeichnete zuletzt mit den „ohne Gentechnik“-ausgezeichneten Produkten große Umsatzzuwächse.

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: „Die großen Lebensmittelhändler Edeka, Lidl, Rewe und Aldi müssen ihre Blockade gegen die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung endlich aufgeben. Sonst handeln sie gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Verbraucher, die keine Gentechnik auf ihren Tellern will. Nur wenn „ohne Gentechnik“ draufsteht, können Verbraucher sicher sein, dass Milch, Fleisch und Eier ohne gentechnisch veränderte Futterpflanzen hergestellt wurden.“

Grund für die Verweigerungshaltung ist nach Ansicht des BUND die Angst der Händler vor Nachfragen ihrer Kunden, wenn auf einem Produkt „ohne Gentechnik“ draufstehe und auf einem vergleichbaren nicht. Deshalb werde das Siegel selbst bei zertifiziert gentechnikfreien Produkten nicht eingesetzt. Beispielsweise produziere Deutschlands zweitgrößter Geflügelproduzent „Gebrüder Stolle“ seit Mai 2009 rund 450 000 Hähnchen pro Tag ohne Gentechnik. Doch nur das Unternehmen Tegut kennzeichne Stolle-Produkte. Andere Abnehmer wie Edeka oder Lidl weigerten sich.

Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin: „Händler und Hersteller befürchten zu Recht, dass Produkte ohne Kennzeichnung zu Ladenhütern werden. Deshalb muss die Branche umdenken und sich für die ausschließliche Verwendung gentechnikfreier Futtermittel einsetzen. Das wäre ein neuer Qualitätsstandard im deutschen Lebensmittelhandel, von dem die Verbraucher und die Umwelt profitierten.“

Nach einer vom BUND in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage vom April 2009 halten 78 Prozent der Bundesbürger die Positivkennzeichnung „ohne Gentechnik“ für sinnvoll, 73 Prozent würden sich bei ihrer Kaufentscheidung daran orientieren und eher zu so gekennzeichneten Produkten greifen.

**Pressekontakt:** Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin, Tel. [030-27586-456](tel:030-27586-456) bzw. Katrin Riegger, BUND-Pressereferentin, Tel. [030-27586-464](tel:030-27586-464), Fax: 440, E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

Pressemitteilung, 11. Juni 2009

### **Umweltministerin Silke Lautenschläger übernimmt Schirmherrschaft für das BUND-Projekt „Ein Rettungsnetz für die Wildkatze“**

Hessens Umweltministerin Silke Lautenschläger hat die Schirmherrschaft für das „Rettungsnetz Wildkatze“ übernommen. Dies teilte die Ministerin am Donnerstag auf dem Hessentag in Langenselbold mit. „Mit meiner Schirmherrschaft begrüße und unterstütze ich das Wildkatzenprojekt des BUND im Hinblick auf den Abbau von Barrieren und die Vernetzung von Lebensräumen. Dies ist ein wichtiger Schritt zum Erhalt der Artenvielfalt in Hessen“, sagte Lautenschläger.

Ziel des Projekts ist es, mit Hilfe der "Leitart" Europäische Wildkatze die Vernetzung von Waldlebensräumen in Hessen sowie bundesweit zu erreichen. Die stark gefährdete Wildkatze benötigt zusammenhängende und vielfältig strukturierte Wälder. Mit ihren Ansprüchen und der Gefährdungssituation steht sie dabei stellvertretend für viele Wildtiere, denen das Überleben in der stark genutzten und zerschnittenen Umwelt schwer fällt.

„Wir freuen uns sehr über die Übernahme der Schirmherrschaft durch Ministerin Lautenschläger, die für die BUND-Kampagne wichtigen Rückenwind bedeutet“, erklärt Jörg Nitsch vom Landesvorstand des BUND, der von Beginn an den Kontakt zu den Ministerien suchte. So hatte sich in der Vergangenheit bereits das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung bereit erklärt, den „Wildkatzenwegeplan Hessen“, der die großräumigen Wanderkorridore der Tiere beschreibt, künftig bei der Landesplanung zu berücksichtigen.

Der stellvertretende BUND-Landesgeschäftsführer Thomas Norgall und Projektkoordinatorin Sonja Gärtner ergänzen: „Die Schirmherrschaft lag uns besonders am Herzen, da dem Bundesland Hessen eine herausragende Verantwortung im Wildkatzenschutz zukommt“.

Räumlich stellt Hessen die Verbindungsachse der beiden letzten großen Wildkatzenvorkommen im Südwesten und Nordosten Deutschlands dar, die Vernetzung ist hier besonders wichtig. Ministerin Lautenschläger und die Vertreter des BUND freuen sich darauf, von nun an gemeinsam erfolgreich am „Rettungsnetz Wildkatze“ zu knüpfen.

## **6. Erneuerbare Energien**

Pressemitteilung, 7. Mai 2009

### **BUND begrüßt Äußerungen von Umweltministerin Lautenschläger zur Windkraft Den Worten müssen jetzt Taten folgen Regionalpläne sind in weiten Teilen nach wie vor Verhinderungspläne**

Der hessische Landesverband des BUND begrüßt jüngste Äußerungen von Umweltministerin Silke Lautenschläger, dass nach Ihrer Ansicht eine verstärkte Nutzung der Windkraft auch in Hessen notwendig sei.

Herwig Winter, BUND-Vorstandssprecher: "Das Ziel der Landesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20% zu erhöhen, wird ohne den Ausbau der Windkraftnutzung nicht erreicht werden können."

Nach Auffassung des BUND ist es dringend erforderlich, dass Landes- und Regionalplanung dafür in den Regionalplänen die geeigneten Flächen ausweisen. Die mittelständischen, kommunalen und bürgergesellschaftlichen Investoren wüssten, dass sich Hessen gut für die Windkraftnutzung eignet. Für die konkrete Standortplanung seien Landespolitik, Landes- und Regionalplanung gefordert.

Der BUND habe in seinen Stellungnahmen zu den Regionalplänen vorgerechnet, dass auf 1% bis 2% der Landesfläche etwa 30% des hessischen Stroms allein aus Windkraft erzeugt werden könnte. Die mittelständische Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien Hessen (LEEH) komme zu ähnlichen Ergebnissen. Die Ausweisung von Flächen für die Windkraftnutzung in den Regionalplänen koste Staat und Steuerzahler kein Geld.

Mittelständische und kommunale Investoren würden bereitstehen, seien aber durch die restriktiven Regionalpläne ausgebremst. Trotz Privilegierung der Windkraftanlagen im Außenbereich, die eine substantielle Realisierung verlangt, müssten die hessischen Regionalpläne weiter als Verhinderungsplanung bezeichnet werden. Die Gefahr, dass diese Pläne erfolgreich vor Gericht angegriffen und aufgehoben werden sei unübersehbar. Die Folge wäre ein möglicher Wildwuchs an Standortansprüchen, den auch der BUND Hessen nicht wolle.

Herwig Winter: „Hessen rangiert bei den erneuerbaren Energien unter den Bundesländern nur auf dem drittletzten Platz vor Berlin und dem Saarland. Es spricht jedoch nichts dagegen, auch in Hessen, wie in Sachsen-Anhalt mit 43%, große Anteile des Stroms aus erneuerbaren Energien, überwiegend aus Windkraft zu erzeugen.“

Windkraftanlagen an Land würden nicht wie die auf See von marktbeherrschenden Stromkonzernen erstellt und betrieben, sondern von mittelständischen, kommunalen und bürgergesellschaftlichen Investoren. Sie förderten den Wettbewerb und die regionale Wirtschaft. Nur die Windkraftnutzung an Land komme ohne staatliche Förderung aus. Die Einspeisevergütung für Onshore-Windstrom bis 9,2 Ct/kWh belaste die Verbraucher nicht, sondern drücke sogar den Strompreis an der Strombörse („Merit-Order-Effekt“, BMU).

Die schnelle Schaffung der planerischen Voraussetzungen für den Ausbau der Windkraft an Land wäre ein kostenloses Konjunkturprogramm, speziell für Hessen. Auch unter wirtschaftlichen Aspekten in der Krise muss nach Auffassung des BUND der Entwicklung der Windkraft in Hessen deutlich mehr Raum gegeben werden.

Herwig Winter: „Die jüngste Forderung der vier marktbeherrschenden Stromkonzerne, dass die erneuerbaren Energien auf 30% gedeckelt werden müssten, damit sie ihre Großkraftwerke noch wirtschaftlich in der Grundlast fahren können, ist zugleich skandalös und aufschlussreich. Über 30% Anteil fürchten sie also schon; zu recht!“

## **7. Infos aus dem Landkreis Gießen**

Die Landschaftspflegevereinigung hat in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen etliche ihrer durchgeführten Pflegeprojekte medial aufgearbeitet und ins Netz gestellt:

<http://www.naturschutzprojekte.lkgi.de/>

Der BUND-Kreisverband ist auch LPV - Mitglied und aktiv bei Projekten und in der Verbandsarbeit. Die Projektübersicht ist auch eine schöne Anregung für Ausflüge, Exkursionen und Naturerleben !